Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr. Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonntag, den 21. Mai 1882. Nr. 233.

Deutschland.

Berlin, 20. Mai. Die Hoffnung, die Mörder des Lord Cavendish und Mr. Bourke auf einem der seit dem Mordtage in Newyork fälligen Dampfer zu entdecken, hat sich nicht erfüllt, obwohl die Hafenpolizei mit Aufbietung aller Kräfte dem englischen Generalkonsul bei der Durchsuchung der ankommenden Schiffe Beistand geleistet. Wie „Reuter's Bureau" aus Newyork vom 17. d. telegraphisch gemeldet wird, machten die dort erscheinenden „Evening News", welche mit den Führern des Fenierbundes Fühlung haben, die Mittheilung, daß der radikale Flügel der irischen Partei den Tod von Gladstone, Forster und Bourke auf einer Versammlung beschlossen gehabt habe, der Delegirte aus Kanada und den Vereinigten Staaten beigewohnt. Die mit dem Morde Beauftragten seien von Amerika abgeschickt worden, als sie in Irland gelandet, haben sie neue Weisungen erhalten, welche das Todesurtheil über den Premierminister für aufgehoben erklärten. Lord Cavendish würde nicht geopfert worden sein, hätte er sich nicht in Gesellschaft von Bourke befunden. Die Mörder seien auf der Rückreise nach Amerika begriffen. Es frägt sich, ob bei diesen Mittheilungen nicht ebenso viel Renommisterei im Spiele ist, wie bei der Fabel von der Ermordung des Prinzen Louis Napoleon durch französische Kommunards.

— Zur egyptischen Krise sind außer der nachfolgenden Depesche der „C. T. C." über die Ankunft zweier englischer Kriegsschiffe im Hafen von Alexandrien bis Schluß der Redaktion weitere Nachrichten nicht eingetroffen:

Alexandrien, 19. Mai. Das englische Kanonenboot „Bittern" ist heute Nachmittag hier eingetroffen; das Panzerschiff „Invincible" mit dem Admiral Seymour und das französische Geschwader werden morgen früh erwartet.

Der Korrespondent der „N.-Z." in der türkischen Hauptstadt schreibt anläßlich der Verwickelung in Egypten:

Konstantinopel, 16. Mai. Während der letzten Tage haben unausgesetzt Ministerberathungen stattgefunden und zwar im Jldis Kiosk, unter dem Vorsitz des Sultans, dieselben waren ausschließlich der egyptischen Frage gewidmet und hatten die Aufstellung eines Aktionsprogramms zum Zweck. Bisher ist über dasselbe Zuverlässiges nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen. Den auswärtigen Diplomaten gegenüber war die Sprache der Pforte bezüglich Egyptens sehr reservirt. Said Pascha, der neue Minister des Aeußern, betonte sehr entschieden, daß man türkischerseits nur mit Widerstreben und der unabwendbaren Nothwendigkeit nachgebend, sich in die Dinge am Nil einmischen werde. Der gegenwärtige Augenblick zu einer solchen Einmischnng wäre dem Sultan der allerunerwünschteste, da die finanzielle Lage sehr prekär sei und, wie die Dinge sich auch gestalten mögen, Geld doch das erste Erforderniß sei, um die Souveränetätsrechte des Padischah am Nil zu wahren, und gerade daran fehle es. Außerdem sei Abdul Hamid von dem Verlangen befreit, jede auswärtige Verwickelung, soweit es sich mit seiner Würde verträgt, zu vermeiden. Derart sollen die Auslassungen Said Pascha's gelautet haben. Prinz Halim Pascha, der egyptische Thronprätendent, wurde vom Sultan in längerer Audienz empfangen und die egyptischen Verhältnisse dabei in eingehende Erwägung gezogen. Der Prinz wird hier verschieden beurtheilt. Man hält ihn jedoch allgemein für einen Intriguanten und ist der Meinung, daß derselbe kein größeres Vertrauen verdiene, als irgend ein anderes Mitglied der vizeköniglichen Familie.

— Die von der französischen Deputirtenkammer eingesetzte Kommission, welcher die Prüfung der von dem Abgeordneten Boysset gestellten Antrages betreffs der Beseitigung des Konkordates unterbreitet ist, hat in ihrer jüngsten Sitzung auch zu der bei diesem Anlaß eingebrachten Vorlage des Deputirten Bernard-Lavergne Stellung genommen. Diese Vorlage zielt auf die Revision der mit dem Konkordat verbundenen organischen Artikel ab. Ehe die Diskussion eröffnet wurde, machten die klerikalen Mitglieder des Ausschusses das Bedenken geltend, ob der französische Gesetzgeber befugt wäre, durch ein einfaches Gesetz, ohne daß vorher ein Einvernehmen mit dem päpstlichen Stuhle erzielt wäre, Fragen zu regeln, welche sich auf die innere Disziplin der katholischen Kirche beziehen. Der Deputirte Ribot betonte demnächst die Nothwendigkeit, jedes Projekt auszuschließen, welches eine völlige oder auch nur partielle Revision der organischen Artikel zur Folge haben würde. Bernard-Lavergne entgegnete, daß der Staat, welcher sich vorbehalten habe, das Konkordat durch Spezialgesetze zu vervollständigen, letztere in Einklang mit den Prinzipien unserer Zeit bringen müßte. Da Paul Bert sich gleichfalls der Ansicht Ribots anschloß, entschied der Ausschuß, daß der Text der organischen Artikel unberührt bleiben sollte. Paul Bert, der Unterrichts- und Kultus-Minister im Kabinet Gambetta, schlug jedoch zugleich vor, die organischen Artikel mit wirksameren Strafbestimmungen zu versehen. Bisher war der Staatsrath gegenüber den Ausschreitungen der Bischöfe nur in der Lage, eine declaration d'abus ergehen zu lassen, die Erklärung, daß ein Mißbrauch der geistlichen Amtsgewalt vorläge. Ribot hob dann zwar hervor, daß der Staat durch die Verleihung eines öffentlichen Charakters an die Kultusbeamten das Recht erlangt habe, dieselbe einer besonderen Jurisdiktion für diejenigen Fälle zu unterwerfen, welche einen Uebergriff in die Befugnisse der Staatsgewalt darstellen. Trotzdem wollte Ribot die Politik gegenüber dem Klerus von jedem vexatorischen Charakter befreit wissen. Auf den Antrag Spullers wurde demnächst beschlossen, sich vor Allem mit der Regierung ins Einvernehmen zu setzen. Anerkannt wurde dagegen, daß Grund vorliegt, durch bestimmte Strafen die „Erklärungen wegen Mißbrauches" zu sanktioniren.

— Das Jahr 1882 sollte die Erfüllung des Flottengründungsplans von 1872 bringen. Inzwischen hat derselbe in Folge der Fortschritte und Veränderungen im Seewesen mehrfach tiefgreifende Umgestaltungen erfahren. So ist von dem Bau von Panzerfahrzeugen und Panzerbatterien abgestanden worden; statt der ersteren sind schwere Panzerkorvetten erbaut worden oder werden noch erbaut werden; statt der letzteren ist mit den neuen Panzer-Kanonenbooten eine zweckentsprechende Fahrzeugklasse in die deutsche Marine eingefügt worden. Der Bau von Torpedobooten, dem der ursprüngliche Plan so großes Gewicht beilegte, ist, nachdem er längere Zeit ganz aufgegeben war, erst im vorigen Jahr für kleine Torpedoboote wieder aufgenommen worden. Ueberschritten ist die Zahl der beanspruchten Schiffe bei den Schrauben-Korvetten, deren 1882, einschließlich der Schulschiffe, 20 vorhanden sein sollten, und von welchen Schiffen zur Zeit, mit Einschluß dieser letzten Schiffe, 21 beziehungsweise 23 vorhanden sind. Neubauten sind hierunter 8 in Eisenbau ausgeführte Voll- und 4 dergleichen Glattdecks-Korvetten, wozu noch 3, bezw. 4 derartige Schiffe im Bau begriffen sind, und es schließen sich diesen noch drei seit 1872 in Holzbau ausgeführte Glattdecks-Korvetten an, wovon aber eine bereits in die Schulschiffsklasse versetzt worden ist. Die geforderte Zahl von 8 Panzerfregatten war bereits 1877 erreicht, ist durch den Untergang des Großen Kurfürsten, für den noch kein Ersatz angeordnet ist, jetzt jedoch wieder auf den Bestand von 7 herabgesunken, wovon nur 5 eigentliche Schlachtschiffe sind. Von den 6 neuen Panzer-Korvetten, die nach den neuern Bestimmungen erbaut werden sollen, sind bisher 4 fertiggestellt. Panzer-Kanonenboote sind 13 vorhanden. Auch die beanspruchte Zahl von Avisoschiffen ist in neuen Schiffsbauten noch nicht erreicht. Immerhin nimmt die deutsche Kriegsmarine jetzt jedoch unter den vorhandenen Kriegsflotten hinter der Englands und Frankreichs und neben der Italiens die dritte Stelle ein, während die Flotten Rußlands, Oesterreichs und der Vereinigten Staaten, die ihr zu Anfang des abgelaufenen Jahrzehnts noch weit überlegen waren, nun von ihr weit überflügelt sind.

— Wie aus Wien gemeldet wird, dürfte Kaiser Wilhelm auch in diesem Jahre nach Gastein kommen, um daselbst eine dreiwöchentliche Badekur zu gebrauchen. Endgiltige Dispositionen in dieser Richtung sind bisher nicht getroffen, doch glaubt man, der Ankunft des Kaisers Wilhelm in Gastein um Mitte Juli entgegensehen zu dürfen.

— Aus Eydtkuhnen erhält das „B. Tgbl." eine Privatdepesche, derzufolge „seit Donnerstag Mittag die Altstadt von Kowno brennt. Das Feuer ist in der Nathanson'schen Tabaksfabrik entstanden. Näheres fehlt noch. 200 Häuser sind vernichtet." So das Telegramm, aus dem nicht ersichtlich ist, aus welchen Ursachen der Brand ausbrach.

— Der Geschäftsausschuß des deutschen Aerzte-Vereinsbundes hat an den Reichstag eine Petition betr. die Novelle zur Gewerbeordnung gerichtet, worin er sich gegen den die Aerzte betreffenden Passus in folgender Weise ausspricht:

„Die Vorlage giebt uns Anlaß zu den schwersten Befürchtungen. Artikel 8 derselben bestimmt, daß, während bisher die ärztliche Approbation nur bei Unrichtigkeit der Nachweise, auf deren Grund dieselbe ertheilt worden ist, zurückgenommen werden konnte, von nun an (ebenso wie bei den, in §§ 30, 32, 33 und 36 bezeichneten, Unternehmern von Privatkrankenanstalten, Hebammen, Schauspielunternehmern, Gast- und Schankwirthen, Gifthändlern, Markscheidern rc.) die Approbationsentziehung durch die Verwaltungsbehörde erfolgen könne, wenn „aus Handlungen oder Unterlassungen des Inhabers der Mangel derjenigen Eigenschaften, welche bei der Ertheilung der Approbation vorausgesetzt werden mußten, klar erhellt."

Daß wir da, wo über die Existenzfrage des einzelnen Arztes ein endgültiges Urtheil gefällt werden soll, klare gesetzliche Bestimmuugen und richterliches Erkenntniß als Grundbedingungen fordern müssen, ist wohl unzweifelhaft.

Stimmen wir daher auch mit den „Motiven" vollständig darin überein, daß Aerzten, welche eines gemeinen Verbrechens oder Vergehens wegen eine Verurtheilung unter Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte erlitten haben, auch die Approbation als Arzt entzogen werden dürfe, so müssen wir doch dringend wünschen, daß dies durch einen Zusatz zum Strafgesetzbuch, nicht aber durch erweiterte Befugnisse der Verwaltungs-Behörden ermöglicht werde.

Statt jedoch an diesem in den „Motiven" betonten Entziehungsgrunde festzuhalten, spricht der Text der Vorlage (Art. 8) ganz im Allgemeinen von dem „Mangel derjenigen Eigenschaften, welche bei der Ertheilung der Approbation vorausgesetzt werden mußten".

Die Motive sagen selbst, daß, während bei den in den §§ 30, 32, 33, 34 und 36 genannten Gewerben jene Voraussetzungen präzisirt sind (so daß für dieselben der Zusatz bestand: „nach der Vorschrift dieses Gesetzes") bei der ärztlichen Approbation (§ 29) keine derartigen erschöpfenden Bestimmungen gegeben waren, woraus hervorgeht, daß die Definition dieser „vorausgesetzten Eigenschaften" lediglich in das subjektive Ermessen der Verwaltungsbehörde gestellt sein würde. Statt den Wünschen des ärztlichen Standes zu entsprechen, würde ein solches Gesetz nur allgemeinste Beunruhigung und das Gefühl der Rechtsunsicherheit zur Folge haben.

Eine klare und präzise Feststellung derjenigen Verbrechen oder Vergehen, in Folge welcher der Richter zugleich die Approbationsentziehung aussprechen kann, wäre deshalb vor Allem nothwendig. Sollte dabei der in den einleitenden „Motiven" enthaltene sehr dehnbare Begriff einer „schweren Verletzung der ärztlichen Berufspflichten" in Frage kommen, so müssen wir hierfür ein vorheriges Gutachten der ärztlichen Standesvertretung verlangen, denn Pflichten, welche nur dem einzelnen Stande als solchem obliegen, können auch nur durch Standesangehörige richtig beurtheilt werden."

— Dem Reichstag ist in Verfolg der in früheren Sessionen gemachten Mittheilungen über das Auswanderungswesen ein Bericht über die Thätigkeit des Reichskommissars während des Jahres 1881 nebst drei, die Auswanderung während des genannten Jahres und während der Vorjahre betreffenden statistischen Nachweisen zur Kenntnißnahme vorgelegt worden. Es heißt in denselben:

„Die Auswanderung über die drei deutschen Häfen Bremen, Hamburg und Stettin hat während des Jahres 1881 in derartig hohem Maße zugenommen, daß die Gesammtzahl der in diesem Jahre über die genannten Häfen beförderten (deutschen und ausländischen) Passagiere diejenige der bisher die größte Auswanderung aufweisenden Jahre 1872, 1873 und 1880 um (in runder Summe) 100,000 Köpfe übertrifft. Speziell im Vergleich mit dem bisher die absolut höchste Ziffer aufweisenden Jahre 1872 ist die Auswanderung von 154,824 auf 247,346 Köpfe insgesammt und insbesondere die Zahl der deutschen (reichsangehörigen) Auswanderer von 124,534 auf 184,369 Köpfe gestiegen. In Folge des während der Jahre 1880 und 1881 eingetretenen außergewöhnlich starken Andranges von Auswanderern sind außer den bisher betriebenen, sich mit Auswandererbeförderung befassenden vier direkten deutschen Dampferlinien (nämlich für Nordamerika: dem „Norddeutschen Lloyd" in Bremen und der „Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft"; für Südamerika: der „Hamburg-Südamerikanischen Dampfschifffahrts-Gesellschaft" und der „Kosmos-Linie" in Hamburg) im verflossenen Jahre zwei neue Dampferlinien für die direkte Passagierbeförderung nach Newyork gebildet worden und zwar in Stettin unter der Firma „Stettiner Lloyd", vorläufig nur erst mit einem Dampfer (ein zweiter im Bau) und in Hamburg durch die Rhederei von Edw. Carr u. Co., Passagier-Expedient Morris u. Co., so daß sich jetzt in Hamburg allein vier verschiedene Dampfschiffslinien mit der direkten Personenbeförderung nach Nord- und Südamerika beschäftigen."

— Das deutsche Zentral-Komitee für die russisch jüdischen Flüchtlinge erläßt folgende Bekanntmachung:

Die Anzahl der aus Rußland auswandernden Juden ist so gestiegen, daß die Delegirten der deutschen und ausländischen Komitee's genöthigt waren, folgenden Beschluß zu fassen, den wir hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Zur Ueberfahrt nach einem anderen Lande und zur Gewinnung einer neuen Heimath können nur solche Personen unterstützt werden, welche durch Exzesse der Bevölkerung von Haus und Hof vertrieben wurden, oder deren Besitz bei Aufläufen zerstört oder geraubt worden ist, oder welche, von Maßregeln der Behörden bedrückt, zur Auswanderung gezwungen worden sind. Auch solche Personen werden nur dann unterstützt und befördert, wenn sie von den an den Grenzen theils befindlichen, theils noch zu errichtenden Kommissionen für geeignet zur Auswanderung erachtet werden. Im Wesentlichen sind hierunter solche Personen verstanden, welche kräftig genug sind, sich und ihre Familien in der neuen Heimath durch ihrer Hände Arbeit als Ackerbauer, Handwerker und dergl. zu ernähren.

Auf den Mittelstationen, wie Breslau, Berlin, Hamburg, werden keine Personen zum Transport übernommen. Solchen Personen, welche ohne die bezeichneten Voraussetzungen, also freiwillig ihr Vaterland verlassen, wird keinerlei Unterstützung gewährt.

Die hohen Kosten des Transports und der Ansiedelung, welche leider schon für mehr als zehn Tausend Personen aufzubringen sind, nöthigen zur strengen Einhaltung der Beschlüsse. Wir warnen deshalb die hiernach von der Unterstützung ausgeschlossenen Personen dringend, auf das Ungewisse hin die Heimath zu verlassen, da sie ihr Elend vergrößern würden, wenn sie zur Rückkehr genöthigt wären.

Berlin, 15. Mai 1882.

Makower, Vorsitzender.

Ausland

Brüx, 16. Mai. Die heute hier stattgehabte Enthüllung des Denkmals Kaiser Josef's II. gestaltete sich zu einer bedeutsamen deutsch-nationalen Manifestation. Es waren über 10,000 Menschen erschienen, welche Hunderte von Kränzen mit schwarz-roth-goldenen Schleifen am Denkmal niederlegten. Der Reichsrathsabgeordnete Müller hielt die Festrede und schloß sie mit den Worten: „Und so wollen wir, indem wir heute den Ideen Kaiser Josef's huldigen, offen und mit männlichem Muthe kund geben, daß wir immer treue, deutsche, aber auch freie Oesterreicher sein und bleiben wollen!" Der Klub der Vereinigten Linken im österreichischen Abgeordnetenhause sandte ein Telegramm, in welchem er sagte: „Die Männer, welche in richtiger Erkenntniß der Ideen, denen Oesterreich seine Machtstellung verdankt, dem großen Kaiser, der sein thatenreiches Leben der Verwirklichung dieser gewidmet hat, ein Denkmal ihrer Dankbarkeit setzen, bethätigen gleichzeitig ihre Ueberzeugung, daß an diesen Ideen zum Heile Oesterreichs und der Deutschen in Oesterreich auch in aller Zukunft festgehalten werden müsse."

Paris, 17. Mai. Der „Figaro" veröffentlicht heute eine Unterredung eines seiner Berichterstatter mit Herrn Ollivier, der sich in den letzten vier Monaten in Rom aufgehalten und dadurch Gelegenheit gehabt hat, wiederholt mit den angesehensten italienischen Staatsmännern und auch mit dem Papste zu verkehren. Ollivier will in nächster

Zeit zwei Schriften veröffentlichen, von denen die eine sich mit der Frage der „Freiheit des Papstes in Rom“, die andere mit der „Kirchenpolitik der französischen Republik“ beschäftigen soll. Ollivier hat mehr als einmal bewiesen, daß er ein schlechter Beobachter und leicht zu täuschen ist; da er aber Gelegenheit hatte, aus erster Quelle zu schöpfen, so will ich von seinen Mittheilungen die Hauptsache wiedergeben.

„Der Papst,“ so verkündigt Emil Ollivier, „ist ein sehr würdiger Mann, sehr verständig, sehr fest, aber seine Stellung in Rom ist unerträglich. Nichtsdestoweniger denkt er nicht daran, Rom zu verlassen, wie behauptet worden ist, sondern wird bis ans Ende kämpfen. Er liebt Frankreich und hat keine feindseligen Gefühle gegen die Republik. Er wird niemals den Beziehungen zur französischen Regierung einen verbitterten Charakter geben. Es ist überhaupt zu beachten, daß unsere einzigen Freunde in Italien die Klerikalen sind. Die ganze alte liberale Partei, die Erben Cavours, die Minghetti, die Crispi, das ganze italienische Ministerium mit alleiniger Ausnahme des alten Depretis sind zu Preußen übergegangen. Namentlich ein Mann, Crispi, ist der erbitterte Gegner Frankreichs, und wenn es nach ihm ginge, würde Italien uns morgen den Krieg erklären. Der König haßt uns ebenso wie die andern. Er hat die Ueberlieferungen seines Vaters und die Dienste, welche Frankreich seiner Familie geleistet hat, gänzlich vergessen. Uebrigens hat der König nicht mehr Macht in Italien, als Herr Grevy in Frankreich. Er hat weniger Einfluß als ein konstitutioneller Monarch, denn er übt keine Leitung aus, sondern billigt blindlings alles, was die Minister thun. Der Hauptgrund des Hasses gegen Frankreich ist aber weder die klerikale Frage noch der Wunsch, Preußen gefällig zu sein. Der wahre Grund liegt darin, daß Frankreich eine Republik ist und Italien, welches durchaus monarchisch gesinnt ist, mit Uebertragung der republikanischen Ideen bedroht. Es giebt nicht viele Republikaner, und diese sind höchstens in der Romagna, in Ravenna und Rimini, aber auch diese sind Frankreich nicht weniger feindlich als die Monarchisten. Maz ini hat eine Schule hinterlassen, zu deren Glaubenssätzen der Haß gegen Frankreich gehört. Es giebt nur einen Mann, der den Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Italien verhindert, und das ist Herr v. Bismarck, der das Signal nicht geben will. Herr v. Bismarck will Frieden mit Frankreich und hat es erst kürzlich dadurch bewiesen, daß er den deutschen Konsul in Tunis angewiesen hat, nur im Einvernehmen mit Frankreich zu handeln.“

Im weiteren Verlaufe des Gesprächs äußerte Ollivier, daß die Sache der Bonapartisten in Frankreich ganz aussichtelos sei. Die Republik könne nur gestürzt werden durch das Eintreten zweier Ereignisse: eines unglücklichen auswärtigen Krieges oder des Ausbruchs der sozialen Revolution. Dann aber werde die Nachfolge nicht den Bonapartisten zufallen, sondern dem ersten besten Säbel, der es verstände, das Eigenthum zu schützen und die Ordnung wieder herzustellen, eine Anschauung, die von den besten Kennern Frankreichs getheilt wird. Auch darin hat Ollivier recht, wenn er die Erhaltung des Friedens in erster Linie dem Fürsten Bismarck zuschreibt und dessen aufrichtige Friedensliebe betont, die um so verdienstvoller ist, als sie auf keiner Gegenseitigkeit beruht. Die Angriffe gegen alles, was deutsch ist, lassen nicht nur nicht nach, sondern nehmen zu, voran natürlich in den gambettistischen Blättern, deren Lorbern jetzt auch die andern nicht schlafen lassen. Schwang sich doch neulich der „Gaulois“ zu dem freundnachbarlichen Satze auf, „daß man die Deutschen umsomehr verabscheue, je näher man sie kennen lerne“. Nach dem Kriege haßten uns die Franzosen, weil wir ihnen schweres Leid zugefügt hatten; jetzt kommt noch hinzu, daß ihre Eigenliebe sich durch die Unterstützung gekränkt fühlt, die ihnen unsere Diplomatie in der tunesischen Sache angedeihen ließ. Unter diesen Umständen ist allerdings schwer abzusehen, wie Reichskanzler Fürst Bismarck es den Franzosen eigentlich recht machen soll.

Marseille, 18. Mai. In der heutigen Sitzung des Zivilgerichts wurde über die Affaire der Stadt Marseille gegen die Kaiserin Eugenie das Urtheil gesprochen. Die Stadt wurde mit ihrer Forderung abgewiesen und in die Kosten verurtheilt und das Eigenthumsrecht der Kaiserin auf das Schloß anerkannt.

Petersburg, 16. Mai. Dem Zaren wurde gleich bei der Uebersiedlung nach Peterhof ein böser Empfang zu Theil, insofern, als man ihm der Dringlichkeit halber ohne Rücksicht auf die Umstände acht neue Berichte über Bewegungen in Gegenden mittheilen mußte, wo bisher noch Ruhe herrschte.

Dem Anschein nach vertritt im Osten das heilige Kasan die Rolle Odessas im Süden, denn deutlich läßt sich verfolgen, wie von dort aus in weitem Umkreise die Gouvernements Viatka, Perm, Kostroma und Simbirsk aufgewühlt worden sind. In diesen sämmtlichen Distrikten ist es zu Ueberfällen auf die Juden und auf die Tschuwaschen oder Bergtataren gekommen; Erstere vermitteln vielfach den großen Getreideverkehr nach Moskau hin und bilden in ihren Handelsunternehmungen eine enggeschlossene Kette von Stationen mit der Hauptrichtung Nischnei-Nowgorod, Moskau, Witebsk, Dünaburg, Riga; Letztere, die muhamedanischen Tschuwaschen, sind seit 80 Jahren schon Gegenstand der eifrigsten Missionsthätigkeit des Kasaner Klerus, ohne daß dies bisher sonderliche Erfolge gehabt hätte, und dabei sind diese nahen Verwandten der heutigen Türken sehr nüchterne, sparsame Leute, die es auch in der Bergwerksindustrie und der Verarbeitung der edlen Metalle des Uralgebirges zu etwas gebracht haben. Dieser „verderbliche Doppelring fremder Elemente“ war den würdigen Stockrussen schon längst ein Dorn im Auge, aber es gehörte Vorsicht dazu, etwas zu unternehmen, weil Europa via Riga leicht von einer „nationalen Purifizirung“ Wind bekommen konnte und finanziell vielfach mit dem „Ring“ verknüpft war. Nun haben die Judenhetzer im Südwesten aber Muth gemacht und so konnte man den in vielen Flugblättern längst ausgesprochenen Satz in Kraft setzen, daß nämlich der Nutzen des Getreidehandels nach der Ostsee dem wahren Russen zukomme und nicht dem Fremden!

Man begreift eigentlich nicht, weshalb Rußland sich immer neue Völkerschaften unterwirft, wenn es dieselben doch nur als Fremde behandeln will, ähnlich wie das alte Rom in den Unterjochten nur noch die Sklaven seines Interesses sah. Die Juden wohnten lange vor den Russen im Süden und die Bergtürken bildeten mit ihren turanischen Stammesbrüdern ein großes Volk, ehe noch das Großfürstenthum Moskau sich recht entwickelt hatte. Trotzdem aber jener angeblich fremde Handelsring in einer ausgedehnten Weise für den nothwendigen russischen Export sorgt, bleibt er doch „fremd“ und „verderblich“. Es ist hierin nur die Logik des echten Räuberthums zu finden, weiter nichts, aber wieder sind es dieselben Geschichten von Zählungen der Juden, Abschätzung ihres Vermögens, von angeblichem Widerstande, Pöbel-Intervention und Neutralität der Behörden, ganz wie in Podolien, nur daß es in Perm und Viatka die Bergarbeiter und überhaupt die Fabrikbevölkerung, die dem „Wunsche des Zaren“ ihren Arm lieh. An mehreren Orten, worunter in einem langen Berichte besonders Tschousowsk, Kungur und Romanowa genannt werden (sämmtlich in der Nähe von Perm) und ferner in den Gegenden von Malmisch und Arsk bei Kasan soll es entsetzlich zugegangen sein mit der völligen wahnwitzigen Zerstörung der Frucht-Komtoire und Fabriken, die allein dem Pöbel Brod verschafften. Dank den Minen besaßen die Banden Dynamit und zerstörten damit ganze Orte mit gewünschter Raschheit. Von den Tschuwaschen sind Tausende in die östlichen Berge gezogen, wo sie nun ihrerseits wieder kannibalisch hausen und den Gouverneur von Tobolsk zu den dringendsten Hülferufen veranlassen, zumal auch die sibirischen Tataren anfangen, an dem ungebundenen Leben Geschmack zu finden und Banden zu bilden, von denen eine nur durch Aufgebot aller Wehrfähigen von der Plünderung der Stadt Ischim hat abgehalten werden können. So pflanzt sich die Bewegung, der Geist des Aufruhrs fort und mahnt an das alte Sprichwort: „Wind gesäet und Sturm geerntet.“ Wohin mag dieser unheilvolle Mischmasch von engherzigen Stockrussenthum und pfäffischer Unduldsamkeit wohl noch führen? Es kann nicht ausbleiben, daß der Exporthandel durch das Verschwinden der bisherigen Vermittelung einen schweren Schlag erhält, den die Russen selbst nicht pariren können, weil die jetzt heraufsteigenden dunklen Gestalten beim Auslande schwerlich Kredit finden werden und weil der Pöbel es nun gelernt hat, daß er, in genügender Anzahl auftretend, Recht, Gesetz und Eigenthum nicht zu achten braucht. Der fremde Doppelring wird gesprengt werden, aber mit Sicherheit des Besitzes und Achtung vor einer Regierung, unter der man Alles darf, ist es vorbei und die Folgen werden sich in der Haltung der auswärtigen Börsen und Banken schon zeigen, besonders wenn einmal die neue Anleihe eine zwingende Nothwendigkeit geworden ist. Man wird dann sehen, welche Früchte das Geschwätz eines Skobelew und Aksakow trägt. In Westrußland, also ebenfalls an der erwähnten Hauptverkehrsrichtung, baten bereits viele polnische Edelleute den Gouverneur Gourko um militärische Besetzung ihrer Güter, da die Bauern und Pächter in neuester Zeit plötzlich die Arbeit fahren lassen und Versammlungen halten, in denen irgend ein fremdes Subjekt ihnen von der Gleichberechtigung der Menschen und der Gemeinsamkeit des Bodens für alle wirklichen Abkömmlinge des slavischen Volkes predigt; die Gutsbesitzer, auch die Polen und reichen russischen Adligen, werden als falsche Mischlinge aus Verbindungen mit Deutschen bezeichnet. Hier ist, scheint mir, der Uebergang zur Hetze gegen alle Besitzenden ohne Ausnahme vorgezeichnet und der Slavismus ist vom Sozialismus kaum mehr zu unterscheiden. Nachdem auch in Littauen schon Fälle offenen Widerstandes der Bauern gegen Militärabtheilungen dagewesen sind, werden sehr wahrscheinlich mindestens die Judenhetzen auch den deutschen Grenzen sich so nähern, daß die Verbindung mit den Wühlereien in Kurland und Livland hergestellt ist. Gegen Deutschland soll nun, nach einer bestehenden Absicht, die „unerlaubte Auswanderung“, d. h. die Flucht der Juden, mittels der Militärkette gehindert werden, die Zeit rückt aber nahe, da die fremden Mächte sich für ihre Unterthanen, deren Handelsbeziehungen und Forderungen einfach vernichtet werden, verwenden müssen.

Wie das enden soll? Es zeigt sich keine Aussicht, denn auch der sonst muthige Loris Melikow hat dem Zaren erklärt, daß er an der Möglichkeit der Besserung verzweifle, wenn nicht Einer alle bürgerlichen und militärischen Vollmachten, die ganze Gewalt über Leben und Eigenthum erhalte und über die Neuordnung mit dem Volke selbst berathen könne. In solche Ideen wird der Zar nie willigen, wenn er auch, glücklich in Peterhof angelangt, dort über der persönlichen Bewachung seiner Gemächer noch Zeit behält, an ein im August zu verkündendes Reformprojekt zu denken. Er wird täglich mehr Fatalist und ein echter Russe ist er ohnehin; verbinde man beides und man wird wissen, was zu hoffen ist.

(Trib.)

Provinzielles.

Stettin, 21. Mai. Ein zwischen mehreren Kontrahenten vor dem Inkrafttreten der deutschen Zivilprozeßordnung mit dem Hinzufügen abgeschlossener Schiedsvertrag, daß für den Fall von Streitigkeiten gegen den Ausspruch der Schiedsrichter die gesetzlichen Rechtsmittel stattfinden sollen, ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, I. Zivilsenats, vom 11. Februar d. J., in Folge jener Hinzufügung durch die Einführung der Zivil-Prozeßordnung (falls nicht zu dem Zeitpunkt dieser Einführung das Verfahren vor dem Schiedsrichter bereits anhängig gewesen) undurchführbar geworden und demnach als unwirksam anzusehen.

— Dem kommissarischen Amtsvorsteher und Forstkassen-Rendanten, Hauptmann a. D. Zierold zu Tempelburg im Kreise Neustettin ist der königl. Kronenorden 4. Klasse verliehen worden.

— Der Post-Dampfer „Titania“ ist mit 34 Passagieren in Stettin von Kopenhagen am Donnerstag früh eingetroffen und mit 40 Passagieren am Sonnabend Mittags nach Kopenhagen zurückgegangen.

— Der Dampfer „Olga“, Kapitän E. Pfeiffer, ist heute Mittag mit Passagieren nach Riga von hier abgegangen.

— Der Postdampfer „Rhein“, Kapt. H. A. F. Reynaber, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 5. Mai von Bremen abgegangen war, ist am 17. Mai wohlbehalten in Newyork angekommen.

— Ein recht bedauerliches Unglück hat die Familie des Herrn Rittergutsbesitzers Aepinus in Nemmien bei Pielburg, Kr. Köslin, am vergangenen Sonnabend betroffen. Die Familie sitzt am Mittagstische. Nach eingenommenem Mahle erkranken plötzlich der Herr Aepinus, dessen Frau Gemahlin, sowie die Tochter. Schleunigst wurde ärztliche Hülfe herbeigeholt und zwar drei Aerzte, welche die Symptome der Vergiftung konstatirten. Trotz aller angewendeten Kunst ist es nicht möglich gewesen, die Frau Aepinus am Leben zu erhalten, dieselbe starb am Mittwoch. Die Tochter schwebt in der größten Lebensgefahr. Herr Aepinus, welcher zufällig an dem Unglückstage weniger von der Speise genossen hatte, wird dem Anschein nach am Leben erhalten werden können. Die angestellte Analyse hat ergeben, daß in der Speise Belladonna enthalten gewesen, jedoch ist noch nicht festgestellt worden, wie das Gift hineingekommen ist.

— Vom 14. bis 20. Mai sind in der Volksche 1243 Portionen verabreicht.

Kunst und Literatur.

Theater für heute Elysiumtheater: „Die Goldprobe.“ Komödie 5 Akten. Bellevue: „Giroflé-Girofla.“ Kom. Operette 3 Akten. **Montag**: Elysium: Dieselbe Vorstellung. Bellevue: Dieselbe Vorstellung.

Ein erschütternder Unglücksfall, der in Ungarn viel besprochen wird, weil er auch den beliebten nationalen Dichter Jókai schwer betroffen hat, wird aus diesem Grunde auch in weiteren Kreisen Theilnahme finden. Die Stadt Komorn bereitete sich schon seit Wochen auf den festlichen Empfang Jókai's vor. Derselbe wollte für seine Wahl zum Ehrenbürger persönlich seinen Dank abstatten. Am 20. d. wäre er dort angekommen und bei seinem Bruder abgestiegen. Die Familie erwartete mit Sehnsucht ihren lieben Gast, und wie dies bei solchen Gelegenheiten zu geschehen pflegt, wurde gescheuert und geputzt im ganzen Hause. Die sparsame, wackere Hausfrau wollte selbst den Bodenlack bereiten und setzte die dazu nöthigen Ingredienzen, die mit Spiritus gemischt waren, in einem Glasgefäße auf den heißen Herd. Während sie nun um den Herd hantirte, zersprang in Folge der Hitze das Glasgefäß, der Inhalt fing Feuer und ergoß sich auf ihre Kleider, die sofort in Flammen standen. Frau v. Jókai verlor die Geistesgegenwart und stürzte in den Hof, wo die Flammen durch den Wind noch mehr angefacht wurden, und schrie unausgesetzt um Hilfe, die aber, da außer ihr nur ein 16jähriges Dienstmädchen zu Hause war, erst dann kam, als die arme Frau schon schrecklich verbrannt war. Der nach Hause kommende Gatte fand seine Frau im bewußtlosen Zustande auf ihrem Bette, wohin pflegende Hände sie schon gelegt hatten. Der rasch herbeigeholte Arzt konnte nur den hoffnungslosen Zustand der Verunglückten konstatiren. Später kam die Unglückliche noch einmal zum Bewußtsein und vermochte noch die Einzelheiten ihres Mißgeschicks selbst zu erzählen. Alle Pflege war umsonst, nach 24 Stunden qualvollen Ringens hatte Karl v. Jókai die Gattin verloren. Wegen dieses Trauerfalls wurden natürlich die zu Ehren Jókai's für den 20. d. M. anberaumten Festlichkeiten eingestellt.

Vermischtes.

— Der Kinderheilstätte auf Norderney hat Se. Majestät der Kaiser einen Beitrag von 250,000 Mark in Aussicht gestellt, falls die sonstigen Sammlungen und Spenden bis zum Ende des Jahres 1883 den Rest der auf 500,000 M. veranschlagten Kosten decken. Eine provisorische Heilstätte soll am 1. Juni mit vorläufig 28 Betten eröffnet werden; ebendann oder doch am 15. Juni Wyck auf Föhr mit 20, Groß-Müritz in Mecklenburg mit 8 Betten. Ueber die Kategorie von Familien, deren Kindern die Wohlthat dieser Anstalten zugedacht ist, sagt Prof. Beneke zu Marburg im „Nordwest“: „Unbemittelt im Sinne des Vereins für Kinderheilstätten ist jedes Kind, dessen Eltern oder Fürsorger außer Stande sind, die Kosten eines vier- bis sechswöchentlichen oder auch längeren Aufenthaltes an der Seeküste für dasselbe zu erschwingen. Das trifft nun aber nicht nur zu für die notorisch armen, sondern in gleichem Grade für zahllose Familien, deren Ernährer Mühe haben, die Lebensbedürfnisse mit ihrem Einkommen zu bestreiten. Wir zählen dahin viele Subalternbeamte, Land- und Stadtlehrer, selbst manche Seelsorger unseres weiten Vaterlandes. Es wird kaum einen Arzt geben, der es nicht mit Trauer erfahren hätte, daß eben in diesen Kreisen aus Mangel an den erforderlichen Mitteln ein wenn auch noch so dringend gebotener Aufenthalt an der Seeküste für einen Sohn oder eine Tochter unausführbar war. Die Vereinshospize stehen jedem Kinde offen, für welches die statutenmäßigen Aufnahmebedingungen erfüllt werden. Aber für einen nachhaltigen Erfolg des Aufenthaltes an der See ist ebenso wie für den Erfolg anderer klimatischen Kuren oder Bäder eine erste Bedingung, daß die betreffenden Kranken nach Beendigung ihrer Kur in Lebensverhältnisse zurückkehren, welche das Resultat derselben nicht alsbald wieder vereiteln. Leider ist diese Bedingung bei ärmeren Leuten oftmals nicht zu erfüllen. Wie schwer wird es diesen Armen außerdem oft fallen, die erforderlichen Verpflegungskosten aufzubringen, falls sie nicht so glücklich sind, eine Freistelle zu erlangen! Anders bei denjenigen, die zu den besser situirten, aber in ihren Mitteln doch sehr beschränkten Familien zählen. Diesen wird es nicht zu schwer fallen, 60—90 M. zu einem sechs- bis achtwöchentlichen Aufenthalt an der Seeküste für ein desselben bedürftiges Kind aufzubringen und die eigenen häuslichen Verhältnisse werden ihnen gestatten, die Pflege des Kindes nach beendeter Kur in der erforderlichen Weise wahrzunehmen. Was sie geopfert haben, wird überdies vielleicht später beim Arzt oder Apotheker erspart werden. Unsere Hospize sollen also keine Armenanstalten sein. Ihre Einrichtungen und ihre gesammte Leitung wird der Art sein, daß die Kinder auch der wohlgebildeten Familien eine heimathliche Stätte in ihnen finden können. Das provisorische Hospiz auf Norderney hat zehn Schlafräume. Die Kinder werden zu sechs, zu drei und zu zwei gesondert schlafen: die Knaben auf der einen, die Mädchen auf der anderen Seite des Hauses. Erforderlichen Falls kann damit auch verschiedenen Abstufungen des gesellschaftlichen Bildungsgrades entsprochen werden. Handelt es sich um notorisch Arme, so weisen wir auf eine Vereinbarung hin, welche wir mit dem „Verein für häusliche Gesundheitspflege“ in Berlin getroffen haben. Wir werden, soweit der Raum gestattet, von diesem Verein designirte Kinder in die Hospize aufnehmen. Aber derselbe Verein übernimmt die Garantie dauernder Ueberwachung der Kinder nach ihrer Rückkehr von dem Seegestade in die Heimath, um in dieser Weise den Erfolg der den Kindern erwiesenen Wohlthat für die Dauer sicherzustellen. Damit werden unsere Ziele erreicht werden können.“

— In Metz ruft ein blutiges Ereigniß, das sich in der Frühe des 16. Mai abspielte, große Aufregung hervor. Der Premierlieutenant v. M. vom Dragoner-Regiment Nr. 9 stand seit längerer Zeit in vertraulichen Beziehungen mit der verwittweten Frau P., einer der besseren Gesellschaft angehörigen 28 Jahre alten Dame. Zwischen beiden soll es in den letzten Tagen mehrfach zu Zwistigkeiten gekommen sein. Am Morgen des erwähnten Tages begab sich Herr v. M., nachdem er seinen dienstlichen Obliegenheiten in der gewissenhaftesten Weise nachgekommen war, gegen 10 Uhr nach der im Hause Kammerplatz 49 belegenen Wohnung der Frau P., und feuerte nach kurzem Wortwechsel auf die Dame einen Revolverschuß ab, der ihr in den Mund ging und unter dem Ohr wieder herauskam, ohne die Getroffene zu tödten. Frau P. stürzte hierauf hülferufend aus dem Zimmer, sank aber vor der Thür ohnmächtig zusammen. Ehe noch Jemand hinzukam, hatte Herr v. M. die Waffe gegen sich selbst gerichtet und durch einen zweiten Schuß seinem Leben ein Ende gemacht. Die Katastrophe hatte bald eine große Menschenmenge herangelockt, die stundenlang das Haus umstand. Nachdem der Frau P. die erste ärztliche Hülfe geleistet worden war, wurde sie nach dem Mathildenstift gebracht, die Leiche v. M.'s aber von Soldaten seines Regiments nach dem Obduktionshause geschafft. Die Verwundung der Frau P. wird zwar als sehr schwer, jedoch als nicht lebensgefährlich bezeichnet.

Telegraphische Depeschen.

Luzern, 20. Mai. Die Hotels sind schon jetzt von Festgästen zur Eröffnung der Gotthardbahn überfüllt. Offiziell geladen sind indeß nur 500 Personen, die meist erst Sonntag Abend eintreffen.

Prag, 20. Mai. In Pilsen ist eine sozialistische Konferenz, zu welcher ein sächsischer Agitator und 7 Nürschauer Bergleute zusammengetreten waren, aufgehoben worden. Die Theilnehmer sind dem Kreisgericht eingeliefert worden.

Petersburg, 19. Mai. Der Minister des kaiserlichen Hauses hat dem Vernehmen nach den Hofchargen mittelst Zirkulars mitgetheilt, daß die Krönung in Moskau am 6. September stattfindet, und daß die Festlichkeiten 2 Wochen dauern sollen.

Konstantinopel, 20. Mai. Der Minister des Aeußern hatte gestern Besprechungen mit Lord Dufferin und dem Marquis de Noailles. Nach gewissen Anzeichen zu schließen, ist in den Dispositionen der Pforte bezüglich der französisch-englischen Aktion betreffs Egyptens eine gewisse Remission eingetreten. Man glaubt, Said Pascha habe den genannten beiden Botschaftern versöhnliche Vorschläge gemacht.

Die Pforte unterhandelt wegen Miethung des österreichischen Lloyd-Dampfers „Calypso“, welcher 1500 Mann nach Yemen transportiren soll.

Eine Depesche aus Kanea meldet, daß Hussein Pascha gestern mit einer Korvette in der Suda-Bai angelangt ist.